

Die Hygiene-Ausstellung in Berlin.

Die feierliche Eröffnung der Hygiene-Ausstellung zu Berlin hat am 12. Mai 2 Uhr Nachmittags durch den Kronprinzen in Stellvertretung der erhabenen Protektorin des Unternehmens, Ihrer Majestät der Kaiserin-Königin, stattgefunden.

Es ist bekannt, daß dieses Unternehmen durch die Initiative zweier Privatvereine, des »Deutschen Vereins für Gesundheitstechnik« und des »Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege«, ursprünglich angeregt worden, welche einen zunächst provisorischen Ausschuss ins Leben riefen, um den sich gar bald eine Zahl hervorragender Männer aus allen Ständen scharte. Das Unternehmen war außer Frage gestellt, als unsere Kaiserin das Protektorat desselben zu übernehmen geruhte. Rasch fortschreitend stand es am 12. Mai 1882 unmittelbar vor der Vollendung, als eine Feuersbrunst das Ausstellungsgebäude mit einem großen Theil des werthvollen Inhalts zerstörte. Allein durch die Munifizenz unseres Kaisers, durch die Zuwendungen der Stadt Berlin, durch die reichlichen Zeichnungen zum Garantiefonds sah sich der Centralausschuss in kurzer Zeit in den Stand gesetzt, für ein massives Ausstellungsgebäude eine Konkurrenz auszuschreiben. So hat am Jahrestage jenes Brandes durch vereinte Anstrengungen das Unternehmen ins Leben treten können in einem Gebäude, welches vielleicht in der Ausstellungsbaukunst, für welche es eine neue Richtung einschlägt, Epoche machen wird.

Es ist hier nicht der Ort, den mannigfaltigen Inhalt der Ausstellung einzeln zu besprechen. Nur eine kurze Betrachtung allgemeiner Natur möge gestattet sein.

Von unermesslicher Mannigfaltigkeit, wie die menschliche Berufsarbeit, ist auch die Gefahr, welche Leben und Gesundheit des Menschen bei der Arbeit aufsucht. Die Ausstellung giebt eine Uebersicht der mannigfaltigen Mittel, mit denen bewundernswerther Scharfsinn diesen verschiedenartigen Gefahren zu begegnen sucht. An diese Schutzmittel reihen sich die Heilvorrichtungen und Heilapparate, an diese wiederum die ganz allgemeinen, das Leben ohne Rücksicht auf die besondere Beschäftigung betreffenden Vorkehrungen für die Gesundheit.

Wer auf alle diese Dinge einen raschen Blick wirft, könnte zu dem tröstlichen Gedanken geführt werden, daß mit der Höhe der Kultur der Werth und die Hochachtung des Lebens gestiegen sei, wie die Mannigfaltigkeit sinnreicher Mittel für seinen Schutz, seine Rettung und Erhaltung beweise. Es kann nur eine sehr schmerzliche Empfindung sein, wenn einem solchen Aufschwung des Gedankens die Erinnerung lähmend entgegentritt, wie Mord und Selbstmord in unserer Zeit in einer bedauerlichen, zuweilen einen epidemischen Charakter annehmenden Weise verbreitet sind. Wenn die Ursachen dieser überaus traurigen Erscheinung wirtschaftliche und moralische sind, so wird jeder Besucher der Ausstellung, der sich dieser Gedankenreihe nicht entzieht, aufs Neue die Pflicht unserer Zeit erkennen müssen, einerseits den Organismus des Wirtschaftslebens zum Gegenstand des Studiums und der öffentlichen Fürsorge zu machen, andererseits die moralischen Kräfte in allen Theilen der Nation zu heben.

So möge die Ausstellung neben dem erhebenden Eindruck des Reichthums menschlicher Kunstfertigkeit, welche sich hier in den Dienst der Menschenliebe gestellt findet, deren Anwendung oftmals sogar die Einsetzung des Lebens für das Leben fordert, wie zahlreiche Rettungsapparate zeigen, auch den Ernst der Pflicht mit neuer Eindringlichkeit einprägen, dem Leben den inneren und äußeren Grund zu schaffen, auf welchen die mannigfaltigen gefahrvollen, aber durch sinnreiche Apparate der Lebensbewahrung geschützten Berufe erst die Sicherheit des Zweckes und den Lohn des Erfolges gewinnen können.

Zu den Statsberathungen des Reichstages.

Der Beschluß, die Berathung des Stats für das Jahr 1884/85 nach einer seit dem Jahre 1866 auch in Preußen nicht mehr angewendeten Methode vorzunehmen, ist wesentlich das Ergebnis der Unterstützung gewesen, welche die national-liberale Partei, den Fraktionen des Fortschritts und der sog. liberalen Vereinigung (Sezession) geleistet hat. An der Verhandlung, welche zu diesem Resultate führte, nahm man von national-liberaler Seite keinen hervorragenden Antheil. Die Unkosten wurden zum überwiegend größten Theil von Rednern derjenigen liberalen Parteien bestritten, welche aus ihrer Abneigung gegen das durch die Kaiserliche Botschaft verfolgte Ziel kein Hehl machten und zu denen die Nationalliberalen rückfichtlich ihrer Auffassung der sozialpolitischen Aufgaben unserer Gesetzgebung sonst im Gegensatz gestanden hatten. Eine Milde- rung dieses Gegensatzes war während des Ganges der vorhergegangenen Verhandlung nicht nur nicht versucht, sondern es war im Gegentheil von fortschrittlich-sezessionistischer Seite mit kaum dagewesener Schärfe hervorgehoben worden, daß es die Erreichung eines von dem Reformprogramm der Botschaft durchaus verschiedenen Zieles gelte. In dieser Rücksicht bot der von dem Abgeordneten Dr. Bamberger am 5. d. M. gehaltene Vortrag ein besonderes Interesse, weil er auf die prinzipielle Bedeutung der begonnenen Statsberathung ebenso ausführlich einging wie auf diejenige der Sozialreform. Mit einer Unumwundenheit, die Freunden einfacher und klarer Rechnungen nur willkommen sein kann, gab der genannte Abgeordnete die Erklärung ab, daß er und seine Freunde nach wie vor den »Parlamentarismus«, d. h. eine Regierung, »welche der Ausdruck der Mehrheit der Volksvertretung ist«, anstreben und als das Ziel unserer Entwicklung ansehen. Diese Erklärung erscheint doppelt schätzbar, nachdem noch im Sommer v. J. von liberaler Seite wiederholt ausgesprochen worden war, daß die der liberalen Partei zugeschriebene Absicht, ein parlamentarisches Mehrheits-Regiment aufzurichten, Nichts weiter als eine böswillige Erfindung, ein von der »Reaktion« an die Wand gemaltes Schreckgespenst sei. Der sezessionistische Redner hat sich darauf aber nicht beschränkt. Er hat das nunmehr allen Zweifeln entrückte Programm des fortschrittlichen Liberalismus noch dadurch vervollständigt, daß er die Absicht aussprach, die in der Kaiserlichen Botschaft angekündigte Sozialreform und zugleich die Anschauung zu bekämpfen, nach welcher die Regierung durch den Erlaß des Sozialistengesetzes die Verpflichtung auf sich genommen hat, die Förderung und Unterstützung der wirtschaftlich Schwachen zu ihrer Angelegenheit zu machen. Vom Standpunkt des Abgeordneten Bamberger und seiner Freunde erscheint das durchaus logisch und konsequent. Die Partei, in deren Namen der Parlamentarismus verlangt wird, will die Regierung in einen Ausschuss der Mehrheit verwandeln und mit Hilfe derselben ihre Interessen und Auffassungen zur obersten Richtungschnur der Politik machen. Dieser Auffassung nach sind Versuche zur Lösung der sozialen Frage ebenso aussichtslos, wie Versuche zur Auf- findung des »Steins der Weisen«, Unterscheidungen zwischen Arbeitern und Nichtarbeitern sinnlos und unberechtigt, — andere sozial-politische Reformen als diejenigen einer verbesserten Armenpflege überhaupt nicht vorhanden. — Hat deutlicher überhaupt gesagt werden können, daß soziale Reform und fortschrittliche Parlamentsherrschaft einander ausschließen, und daß die wichtigste aller von dem heutigen Geschlechte geforderten Reformen entweder von dem Königthum durchgeführt oder so lange hingehalten werden wird, bis sie sich gegen das Königthum und gegen die Partei des Parlamentarismus gewaltsam durchsetzt?

Die Verdienstlichkeit dieser Klarstellung ist bereits im Verlauf der am 5. d. M. abgehaltenen Sitzung von dem